

Vorname Familienname

Adresse

freier Mensch und natürliche Person nach staatlichem BGB § 1

Gemeinde / Versorgungsamt / Jobcenter / Sozialamt

Adresse

Wohnort, Datum

Antrag auf Zahlung von Unterhalt nach HLKO, Kapitel II Artikel 7

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Grundlage der Beschlüsse und Gesetze der Haager Landkriegsordnung (HLKO) und der aktuellen Gesetzeslage im besetzten Gebiet des Deutschen Reiches, welches durch die Strukturen der BRiD treuhänderisch verwaltet wird, stehe ich seit dem **Datum** den Verwaltungsorganen der BRiD exterritorial gegenüber. Dies ist aus meiner Proklamation der Urkunde 146 (**den und den** Stellen vorliegend), dem Schreiben zum veränderten Personenstand (**den und den** Stellen vorliegend) und der Erklärung zu meiner Staatsangehörigkeit (**den und den** Stellen vorliegend) bzw. den Urkunden heraus ersichtlich.

Kapitel II, Artikel, 7 HLKO

„Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangengenommen hat.“

Da das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, sondern wie bekannt ist, weiterhin fortbesteht, (BVerfGE 2 BvF 1/73 vom 31.07.1973) bin ich nach wie vor Kriegsgefangene/r. Aus genannten Gründen in meiner **Proklamation Urkunde 146 oder anderem** stehe ich nun Ihrer BRiD Verwaltungsorganisation nach Völkerrecht exterritorial gegenüber. Daraus ergibt sich nun die Zuständigkeit des Usurpators Bundesrepublik. Hiermit ergeht folgender

Antrag

auf umgehende und rückwirkende Zahlung von Sozialgeld in Höhe des geringsten Soldes eines Bediensteten der Truppen, lt. Besoldungsordnung A vom 01. Januar 2013, Besoldungsgruppe A2, Stufe 1, zur Zeit in Höhe von **1824,01 € monatlich**, auf Grund anzusetzender Gleichbehandlung nach Kapitel II, Artikel 7 HLKO. Demzufolge beantrage ich hiermit den Besoldungssatz des einfachsten Bediensteten in Höhe von

1824,01 € monatlich zur Sicherung meiner Existenz im besetzten Deutschland.

Es sind Kosten für Strom, Wasser, Telefon, Miete monatlich, sowie Kosten für Ernährung, Krankenversicherung und Kleidung zu bestreiten.

Ich darf Sie höflichst auffordern, mir innerhalb der nächsten 10 Tage (es gilt der Eingangsstempel Ihrer Firma) die Annahme dieses Antrages zu bestätigen.

Nach Ablauf dieser Frist gehe ich davon aus, daß dieser Antrag als bewilligt gilt.

Für die monatliche Besoldung reichen Sie mir bitte einen Bar- oder Verrechnungsscheck aus, welchen Sie mir bitte per Post zusenden.

Aufgrund des erklärten Postliminiums, seitens der Alliierten am 29.09.1990 in Verbindung mit deren eingesetzter Verwaltung Bundesrepublik bis zu einem Friedensvertrag steht allen Freien Bürgern, auf dem Deutschen Boden, somit auch dem Unterzeichner diese Unterhaltszahlung bei Bedarf auf Beantragung zu.

Dieser Bedarf wird hiermit angemeldet und die Sozialleistung beantragt.

Mit freundlichen Grüßen

Max aus dem Hause Mustermann

Vorname Familienname

freier Mensch und natürliche Person nach staatlichem BGB § 1

Anlagen:

Geburtsurkunde Nr.

Personenstandserklärung vom

Urkunde 146 vom

Willenserklärung zum Freistaat Preußen vom

Staatsangehörigkeitsausweis vom

Besoldungstabelle der Bundeswehr Stand 2013

Eingangsstempel: